



BAU > INDUSTRIE
Ost

> **DIGITALISIERUNG IN DER BAUINDUSTRIE**

Unternehmen im Wandel,
Staat im Verzug

SCHWARZBUCH
Bauwirtschaft 2026

› **Kernaussagen des Schwarzbuches**

Die Bauunternehmen sind im digitalen Wandel weiter, als es der Branchenvergleich vermuten lässt. Die ostdeutsche Bauindustrie treibt die Digitalisierung aktiv voran, investiert erhebliche Mittel in entsprechende Anwendungen und setzt viele interne Prozesse bereits digital um.

Der Staat bleibt klar hinter den eigenen Digitalisierungszielen zurück. Der Anspruch, Verwaltungsleistungen schneller, effizienter und nutzerfreundlicher zu gestalten, wird aus Sicht der Bauunternehmen bislang nicht erfüllt. Dieser Rückstand erzeugt über alle Phasen des Bauprozesses hinweg einen erheblichen Problemdruck.

Das Beharren auf landesspezifischen Sonderlösungen ist ein zentrales digitalpolitisches Hemmnis. Unterschiedliche Umsetzungsansätze, Prioritäten und politische Vorgaben erschweren eine einheitliche Verwaltungsdigitalisierung.

Ein entscheidender Bremsfaktor für die Digitalisierung des Bauprozesses liegt in den Schnittstellen zur öffentlichen Hand. Dort treffen digitale Unternehmensprozesse häufig auf uneinheitliche, unvollständige oder inkompatible staatliche Verfahren.

Die Digitalisierung ersetzt weder Bürokratieabbau noch strukturelle Reformen. Bislang hat der digitale Wandel nicht zu einer spürbaren Entlastung geführt. Über 40 Prozent der befragten Unternehmen berichten sogar von mehr Bürokratie. Zusätzliche Regulatorik überlagert vielerorts die möglichen Effizienzgewinne digitaler Lösungen.

Vor der Digitalisierung müssen bürokratische Verfahren daher überprüft, vereinfacht und standardisiert werden. Werden bestehende Abläufe lediglich digital abgebildet, bleiben ihre strukturellen Schwächen bestehen. Das Problem der Verwaltungsdigitalisierung liegt daher nicht nur im »Ob«, sondern vor allem im »Wie«.

Die Digitalisierung ist ein Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Bauindustrie und birgt erhebliche Potenziale zur Steigerung der Produktivität. Die Ausschöpfung dieser Potenziale stockt jedoch dort, wo es an Know-how, Einheitlichkeit und praxistauglichen staatlichen Verfahren fehlt.



Inhalt

Prolog	6
Stand der Digitalisierung in den Unternehmen	8
Vier Ebenen der Digitalisierung	8
Selbstbild der Branche	9
Investitionen und digitale Voraussetzungen	10
Personelle Kompetenzen	12
Nutzen und Anwendungsbereiche digitaler Lösungen	14
Digitalisierungsgrad einzelner Prozesse	15
Herausforderungen und Risiken	17
Politik und Verwaltung: Digitalisierung zwischen Anspruch und Realität	22
Digitalisierung und Bürokratie	22
Politische Initiativen zur Verwaltungsdigitalisierung	24
Bewertung aus Sicht der Ostdeutschen Bauindustrie	26
Strukturelle Hemmnisse der Verwaltungsdigitalisierung	30

Lösungsansätze und Handlungsbedarfe	32
Verfahren vereinheitlichen	33
Medienbrüche konsequent abbauen	34
Verbindliche Standards schaffen	35
Rechtssicherheit herstellen	35
Digitalkompetenz, Daten und KI stärker in den Fokus rücken	36
Exkurs: Künstliche Intelligenz, Datensouveränität und Cybersicherheit	38
Künstliche Intelligenz	38
Datensouveränität	40
Cybersicherheit	41
Fazit und Ausblick	43



Prolog

Die Digitalisierung hat das Potenzial, zur Lösung zentraler Herausforderungen der Bauindustrie beizutragen. Dazu zählen die stagnierende Produktivität, eine zunehmende Bürokratiebelastung, der Fachkräftemangel sowie steigende Nachhaltigkeitsanforderungen. Wie sich die Branche in Zukunft entwickeln wird, hängt maßgeblich davon ab, wie diese Herausforderungen bewältigt werden.

In einschlägigen Digitalisierungsvergleichen zählt das Baugewerbe jedoch zu den schwächer digitalisierten Branchengruppen. Dieses Bild steht in einem deutlichen Spannungsverhältnis zu den Fortschritten auf Unternehmensebene wie das »Schwarzbuch 2026« des **Bauindustrieverbandes Ost e. V.** (BIVO) zeigen wird.

Die Unternehmen der ostdeutschen Bauindustrie nutzen digitale Anwendungen bereits in vielen Bereichen. Insbesondere unternehmensinterne Prozesse sind vielfach digitalisiert. Zudem werden neue Technologien – etwa im Bereich der künstlichen Intelligenz – aktiv erprobt und eingesetzt. Die Unternehmen haben die Digitalisierung in den vergangenen Jahren vorangetrieben und erhebliche Investitionen getätigt.

Dass die Bauindustrie im Branchenvergleich dennoch zurückliegt, hat mehrere Gründe. Ein Grund liegt in der komplexen und arbeitsteiligen Struktur von Bauvorhaben. Das Bauen ist eine vergleichsweise arbeitsintensive Tätigkeit, bei

der die Wertschöpfung maßgeblich durch den Einsatz von Fachkräften auf der Baustelle entsteht. Dies erschwert den durchgängigen Einsatz digitaler Technologien stärker als in standardisierten Produktionsprozessen oder reinen Dienstleistungsbranchen.

Hinzu kommt, dass die öffentliche Hand in zentralen Bereichen hinterherhinkt. Die Digitalisierung öffentlicher Verwaltungsleistungen verläuft zu langsam, zu uneinheitlich und zu wenig praxisorientiert. Das Ergebnis ist ein System aus uneinheitlichen Verfahren und Medienbrüchen. In einer stark regulierten Branche mit vielen Schnittstellen zur öffentlichen Hand wirken sich Defizite der Verwaltungsdigitalisierung unmittelbar auf die Umsetzung von Bauvorhaben aus. Solange Verwaltungsleistungen nicht durchgängig und einheitlich digital ausgestaltet sind, können unternehmensinterne Fortschritte ihr volles Potenzial nicht entfalten.

Bund, Länder und Kommunen sind daher aufgefordert, ihre Verfahren zu vereinheitlichen, Medienbrüche abzubauen und digitale Prozesse verbindlich umzusetzen. Gleichzeitig gilt es, Parallelstrukturen zu überwinden und gemeinsame Standards zu etablieren. Ohne diese Grundlage bleiben die Potenziale der Digitalisierung ungenutzt.



Dr. Robert Momberg
Hauptgeschäftsführer



Stand der Digitalisierung in den Unternehmen

Vier Ebenen der Digitalisierung

Der Begriff »**Digitalisierung**« bezeichnet gemeinhin die Umwandlung analoger Daten in digitale Formate. Er umfasst jedoch auch die systematische Nutzung dieser Daten zur Optimierung von Prozessen sowie den Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur.

Die Digitalisierung betrifft den Bauprozess und die Unternehmen der Bauindustrie auf mehreren Ebenen.

- Digitale Anwendungen transformieren **interne Büro- und Geschäftsprozesse** in Bereichen wie Kommunikation, Finanzen oder Personalmanagement.
- Zugleich können sie **Baustellenprozesse** optimieren und vernetzen, beispielsweise durch digitale Planungsmodelle, GPS-gestützte Maschinensteuerung, Drohnen, Sensorik und KI-gestützte Auswertungen.
- Auch an **externen Schnittstellen** zu Auftraggebern, der öffentlichen Verwaltung

oder Nachunternehmern spielt die Digitalisierung eine Rolle, etwa bei Genehmigungs- und Vergabeverfahren, der Einreichung von Nachweisen und der Kommunikation.

- Voraussetzung für die Wirkung digitaler Anwendungen ist eine leistungsfähige und resiliente **digitale Infrastruktur** mit schnellem Internet, flächendeckender Mobilfunkabdeckung sowie sicheren Cloud- und Speicherlösungen.

Vier Ebenen der Digitalisierung im Bauprozess



Unternehmens-
interne
Bauprozesse



Baustelle
und
Ausführung



Externe
Schnittstellen



Digital-
infrastruktur

Grafik: BIVO, Icons © Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.

Für die Digitalisierung der Bauindustrie sind Fortschritte auf allen vier Ebenen von entscheidender Bedeutung.

Selbstbild der Branche

Um den Stand der Digitalisierung in der ostdeutschen Bauindustrie belastbar einzuordnen, hat der BIVO eine Umfrage unter seinen Mitgliedsunternehmen in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt durchgeführt. Die Ergeb-

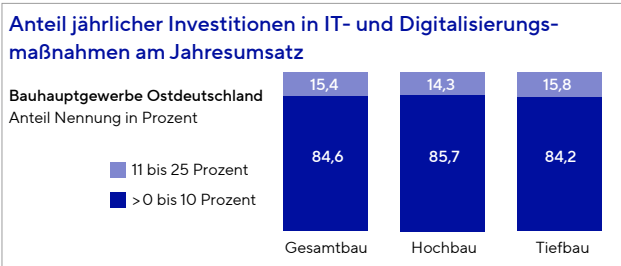
nisse zeigen, dass die Bauunternehmen der Digitalisierung offen gegenüberstehen, bereits zentrale Voraussetzungen für das digitale Zeitalter geschaffen haben, aber auch noch erhebliches Entwicklungspotenzial sehen.

20 Prozent der befragten Unternehmen schätzen den Stand der Digitalisierung im ostdeutschen Bauhauptgewerbe als gut ein. Weitere 63,6 Prozent geben eine mittlere Bewertung ab. Nur eine Minderheit bewertet den Stand als schlecht oder sehr schlecht. Aus diesen Antworten wurde ein gewichteter Digitalisierungsindex ermittelt, der zwischen 0 und 100 Punkten variieren kann. Mit 52 Punkten spiegelt der Index eine realistische Selbsteinschätzung der Unternehmen wider: Wesentliche Schritte der digitalen Transformation sind erfolgt, das Potenzial ist aber noch nicht vollständig ausgeschöpft.



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Investitionen und digitale Voraussetzungen



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Dass die ostdeutsche Bauindustrie die digitale Transformation aktiv vorantreibt, zeigt sich im Investitionsverhalten der Unternehmen. So wenden rund 85 Prozent der Unternehmen bis zu 10 Prozent ihres Jahresumsatzes für IT- und Digitalisierungsmaßnahmen auf, weitere rund 15 Prozent sogar bis zu 25 Prozent. Die Bauunternehmen finanzieren die digitale Transformation also in erheblichem Umfang aus eigenen Mitteln.

Hauptsächlicher Einsatz von IT- und Digitalisierungsinvestitionen

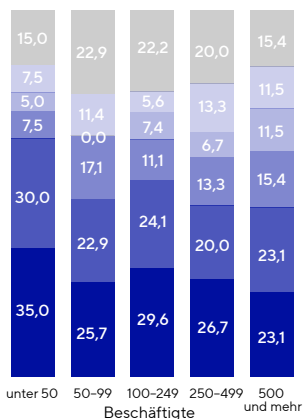
Bauhauptgewerbe Ostdeutschland

Gesamtbau nach Betriebsgrößen

Anteil Nennung in Prozent

Rundungsbedingte Abweichungen
von 100 möglich

- IT-Betrieb (inkl. Hosting) u. Sicherheit
- Schnittstellen u. Integration
- Einführung u. externe Beratung
- Schulung u. Weiterbildung
- Hardware (Tablets, PC etc.)
- Software und Lizenzen



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Rund 30 Prozent der Digitalinvestitionen im ostdeutschen Bauhauptgewerbe fließen in den Kauf von Software und Lizenzen. An zweiter Stelle steht die Bereitstellung von Hardware. Obwohl die häufig unzureichende Ende-zu-Ende-Digitalisierung unternehmensinterner Prozesse ein wesentliches Problem darstellt, werden insgesamt weniger als 10 Prozent der Investitionen

für Schnittstellen und die Integration von Programmen aufgewendet. Hervorzuheben ist die relativ hohe Investitionsquote für den IT-Betrieb und die Cybersicherheit. Dies zeigt, dass digitale Resilienz inzwischen als Grundvoraussetzung für verlässliche Geschäfts- und Bauprozesse angesehen wird.

Die Verwendungszwecke der Investitionen unterscheiden sich deutlich nach Unternehmensgröße. Während kleine und mittlere Unternehmen (KMU) den höchsten Anteil ihrer Investitionen für Hardware sowie den Erwerb von Software und Lizenzen aufbringen und vergleichsweise wenig für Schulungen und Weiterbildungen ausgeben, legen größere Unternehmen den Fokus stärker auf IT-Sicherheit, IT-Betrieb und Weiterbildung. Dies lässt darauf schließen, dass viele KMU weiterhin mit dem Aufbau einer eigenen digitalen Basisinfrastruktur beschäftigt sind, während die Systemkomplexität und Professionalisierung von Digitalisierungsmaßnahmen mit der Größe des Unternehmens zunehmen.

Neben finanziellen und technischen Voraussetzungen sind personelle Kompetenzen entscheidend dafür, ob digitale Anwendungen im Arbeitsalltag wirksam eingesetzt werden können.

Personelle Kompetenzen

Die Mehrheit der BIVO-Mitgliedsunternehmen bewertet die Digitalkompetenz ihrer Beschäftigten als durchschnittlich, rund ein Drittel schätzt sie als hoch ein.

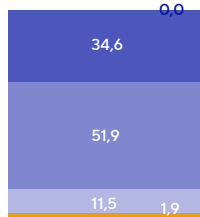
Einschätzung der Digitalkompetenz der Beschäftigten im Unternehmen

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland
Gesamtbau

Anteil Nennung in Prozent

*Rundungsbedingte Abweichungen
von 100 möglich*

- sehr hoch
- hoch
- mittel
- gering
- sehr gering



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Dieser mittlere Wert ist nicht zwangsläufig ein Ausdruck von fehlendem Engagement oder unzureichenden Kenntnissen. Vielmehr zeigt er, dass die Unternehmen noch nicht ausgeschöpfte Potenziale in ihren Belegschaften erkennen. Zugleich wird deutlich, dass die Digitalisierung nicht allein eine Frage von Software und Hardware ist. Sie muss in den Arbeitsprozessen verankert und von den Beschäftigten mitgetragen werden.

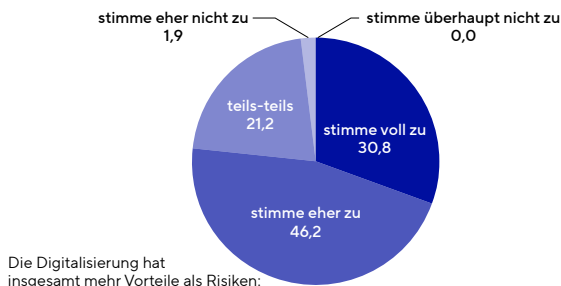
Eine klare Korrelation zwischen Unternehmensgröße und Digitalkompetenz ist nicht erkennbar. Zwar berichten Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten häufiger von sehr niedrigen Kompetenzen, in dieser Gruppe findet sich aber auch der höchste Anteil von Beschäftigten mit hoch bewerteter Digitalkompetenz. In größeren Unternehmen steigt der Anteil hochqualifizierten Personals für digitale Anwendungen nicht signifikant. Ein Grund dafür kann sein, dass größere Einheiten komplexere Anforderungen an ihre Beschäftigten stellen und mehr Möglichkeiten haben, externe Dienstleister für Digitalisierungsaufgaben zu engagieren.

Nutzen und Anwendungsbereiche digitaler Lösungen

Zustimmung zum Überwiegen digitaler Vorteile gegenüber digitalen Risiken

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland
Gesamtbau

Anteil Nennung in Prozent *Rundungsbedingte Abweichungen von 100 möglich*



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Die Umfrage belegt, dass mit 77 Prozent eine deutliche Mehrheit der Unternehmen des ostdeutschen Bauhauptgewerbes die Vorteile der Digitalisierung höher gewichtet als die damit verbundenen Risiken. Der aus diesen Ergebnissen gebildete Vorteils-Index erreicht damit 80 von 100 Punkten.

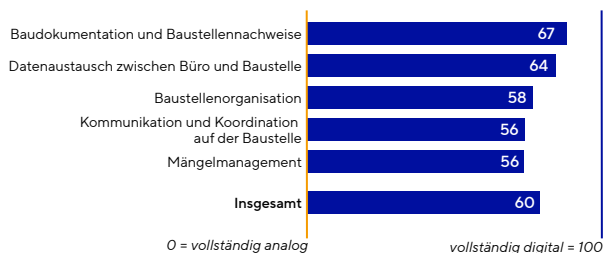
Als größter konkreter Nutzen wird die ortsunabhängige Verfügbarkeit von Daten und Informationen angesehen. Es folgen Effizienzsteigerungen, etwa durch die Optimierung bestehender Prozesse und die Erleichterung von Routineaufgaben. Damit bestätigt die Umfrage ein zentrales Motiv der Unternehmen. Sie nehmen die Digitalisierung vor allem dort als wertvoll wahr, wo sie Abläufe vereinfacht, Informationen schneller verfügbar macht und Arbeitsprozesse stabiler organisiert.

Mögliche Entlastungen personeller Kapazitäten durch digitale Anwendungen liegen im Ranking der Vorteile im unteren Mittelfeld. Die Verbesserung der Bauqualität, eine genauere Abschätzung von Risiken sowie finanzielle Vorteile spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle und wurden von den Unternehmen vergleichsweise selten genannt. Die Digitalisierung wird somit derzeit weniger als unmittelbarer Kostensenker verstanden, sondern vielmehr als Instrument zur besseren Organisation des Arbeitsalltags.

Digitalisierungsgrad einzelner Prozesse

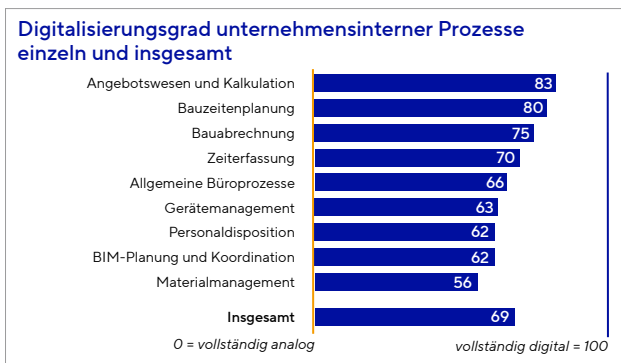
Ein differenzierter Blick zeigt, dass der Digitalisierungsgrad zwischen den einzelnen Prozessen deutlich variiert. Während unternehmensinterne Büro- und Geschäftsprozesse bereits überwiegend digital umgesetzt werden, bestehen insbesondere bei baustellenbezogenen Abläufen und an externen Schnittstellen weiterhin deutliche Unterschiede.

Digitalisierungsgrad baustellenbezogener Prozesse einzeln und insgesamt



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

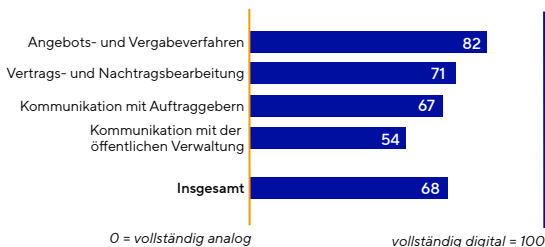
Eine durchgängig digitalisierte Baustelle ist nach wie vor keine Realität. Dies liegt weniger an der mangelnden Offenheit der Unternehmen als an der projektbezogenen, physischen und nur begrenzt standardisierbaren Natur des Bauens. Dennoch lohnt sich ein Blick auf die unterschiedlichen baustellenbezogenen Prozesse. Insbesondere das Mängelmanagement, die Kommunikation und Koordination auf der Baustelle sowie die Baustellenorganisation werden vergleichsweise wenig digital umgesetzt. Ein höherer Digitalisierungsgrad besteht bei der Baudokumentation und der Bereitstellung von Baustellennachweisen sowie beim Datenaustausch zwischen Büro und Baustelle.



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Bei den unternehmensinternen Prozessen zeigen sich die insgesamt größten Digitalisierungsgrade. Auch hier bestehen jedoch Verbesserungspotenziale, unter anderem im Materialmanagement, bei der Nutzung von Building Information Modelling (BIM) und in der Personaldisposition. Einen höheren Digitalisierungsgrad zeigen hingegen das Angebotswesen, die Kalkulation und die Bauzeitenplanung.

Digitalisierungsgrad Austausch mit Auftraggebern und der öffentlichen Verwaltung | einzeln und insgesamt



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Der geringste Digitalisierungsgrad aller abgefragten Prozesse wurde der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung zugeschrieben. Während die Betriebe im Vergabeprozess häufig digitale Schnittstellen bedienen müssen, bricht die digitale Kette im weiteren Austausch mit staatlichen Stellen oft ab. Diese Diskrepanz deutet darauf hin, dass essenziell wichtige Verwaltungsleistungen zwar digital angeboten werden, weitere Verfahren darüber hinaus allerdings noch analog geprägt sind.

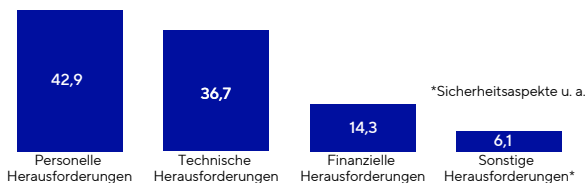
Herausforderungen und Risiken

Herausforderungen bei der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen im Bauunternehmen nach Relevanz

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland

Gesamtbau

Anteil Nennung in Prozent (Summe=100)



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Trotz der insgesamt positiven Bewertung der Digitalisierung durch die Unternehmen lassen sich mehrere zentrale Herausforderungen bei der Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen identifizieren. Mit rund 43 Prozent der Nennungen stellen personelle Herausforderungen das größte Hindernis dar, gefolgt von technologischen Herausforderungen mit etwa 37 Prozent. Damit bestätigt die BIVO-Umfrage einen bundesweiten Befund: Ohne digitales Fachwissen lassen sich vorhandene Technologien nicht wirksam in den Baualltag integrieren. Finanzielle Herausforderungen, Sicherheitsaspekte und anderweitige Herausforderungen spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle.

Neben praktischen Herausforderungen identifizieren die Unternehmen auch Risiken der Digitalisierung. Diese werden zwar nur von etwa jedem fünften Unternehmen gleich stark gewichtet wie die Chancen der Digitalisierung. Dennoch sind sich die Unternehmen ihrer Existenz bewusst.

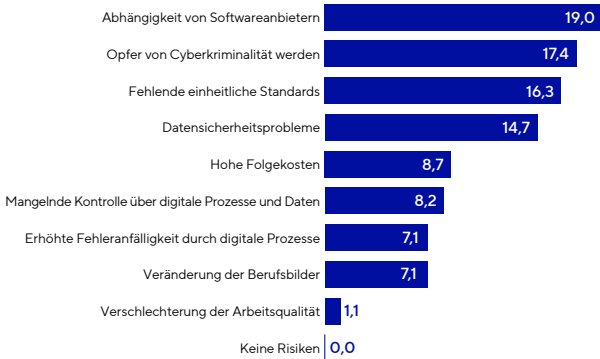
Ein zentrales Risiko liegt aus Sicht der Branche in der Abhängigkeit von Softwareanbietern. Mit der Verlagerung von Daten in externe Infrastrukturen und Cloud-Systeme wächst die Sorge vor einem Kontrollverlust über sensible Unternehmensdaten. Neben Fragen der Preisgestaltung betrifft dies insbesondere die digitale Souveränität, da Daten häufig in Rechtsräumen außerhalb europäischer Datenschutzstandards verarbeitet werden.

Priorisierung der von Bauunternehmen wahrgenommenen Risiken und negativen Auswirkungen

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland

Gesamtbau

Anteil Nennung in Prozent (Summe=100)



Rundungsbedingte Abweichungen von 100 möglich

Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Digitalisierung werden kritisch bewertet. Laufende Lizenzkosten, verpflichtende Update-Zyklen und zusätzlicher Aufwand durch inkompatible Systeme führen zu dauerhaften finanziellen Bindungen. Bestehende Schnittstellenprobleme erhöhen zudem den manuellen Aufwand und schmälern die erwarteten Effizienzgewinne.

Hinzu kommen rechtliche Unsicherheiten. Insbesondere bei automatisierten Prozessen und beim Austausch digitaler Daten ist oft unklar, wie Haftungsfragen zu bewerten sind. Diese Unsicherheiten wirken sich in der Praxis hemmend aus und führen dazu, dass vorhandene digitale Potenziale nicht vollständig ausgeschöpft werden.

Fazit

Die Ergebnisse der BIVO-Verbandsumfrage zeichnen ein insgesamt konsistentes Bild. Die Bauunternehmen haben die wesentlichen Voraussetzungen für die Digitalisierung ihrer Prozesse geschaffen. Investitionen werden getätigt, es herrscht eine grundsätzliche Akzeptanz gegenüber digitalen Anwendungen und grundlegende Kompetenzen sind vorhanden. Der nächste Entwicklungsschritt für die Unternehmen scheint daher weniger in der Einführung weiterer Einzellösungen zu liegen als vielmehr in der prozessübergreifenden Integration.

Daraus ergeben sich vier Handlungsfelder auf Unternehmensseite:

Erstens bleibt der Ausbau digitaler Kompetenzen eine strategische Daueraufgabe. Neben technischem Wissen gewinnen anwendungsbezogene Fähigkeiten und die Einbindung digitaler Prozesse in bestehende Arbeitsabläufe an Bedeutung.

Zweitens sollten Unternehmen stärker in durchgängige Systemlandschaften investieren. Einzellösungen stoßen bei zunehmender Prozesskomplexität an ihre Grenzen, besonders wenn Daten nicht konsistent über mehrere Prozesse hinweg genutzt werden können.

Drittens kommt der Standardisierung eine zentrale Rolle zu. Einheitliche Datenformate, klare Schnittstellen und definierte Abläufe sind die Grundlage für die digitale Zusammenarbeit im Unternehmen.

Viertens gilt es, die digitale Transformation strategisch im Unternehmen zu verankern. Sie sollte nicht als reines IT-Thema, sondern als zentraler Bestandteil der Unternehmensentwicklung betrachtet werden.

Gleichzeitig zeigt die Analyse die Grenzen unternehmerischen Handelns auf. Viele der genannten Hemmnisse – etwa fehlende Standards oder Medienbrüche im Austausch mit Behörden und öffentlichen Auftraggebern – können von den Unternehmen nicht allein aufgelöst werden.

Beispiel: Digitaler Bauantrag mit analoger Weiterbearbeitung

Ein Landkreis bietet zwar die digitale Einreichung von Bauanträgen an. In der zuständigen Behörde fehlen jedoch teilweise die technischen Zugänge, damit alle beteiligten Stellen die Unterlagen bearbeiten können. In der Folge werden digitale Anträge erneut in Papierform angefordert oder nach dem Upload ausgedruckt und analog weiterbearbeitet.



Politik und Verwaltung: Digitalisierung zwischen Anspruch und Realität

Digitalisierung und Bürokratie

Das Bauwesen ist besonders stark durch staatliche Vorgaben geprägt. Die Unternehmen der ostdeutschen Bauindustrie müssen eine Vielzahl an Verfahren, Regelwerken und Vorgaben erfüllen und beachten. Zugleich ist die öffentliche Hand ein zentraler Auftraggeber. Daher müssen die Fortschritte der Unternehmen im Bereich der Digitalisierung immer vor dem Hintergrund der regulatorischen Anforderungen an das Bauen betrachtet werden. Digitalisierung und Bürokratieabbau bilden in diesem Zusammenhang zwei Seiten derselben Medaille und bedingen einander.

In der politischen Debatte wird die Digitalisierung häufig als zentraler Hebel für den Bürokratieabbau dargestellt. Beide Begriffe werden nicht selten gleichgesetzt. Diese Gleichsetzung greift jedoch zu kurz, wie die Ergebnisse der Mitgliederumfrage des BIVO zeigen.

Unternehmensbewertung der bürokratischen Aufwandsentwicklung im Zuge des digitalen Wandels

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland

Gesamtbau

Anteil Nennung in Prozent (Summe=100)

Bürokratischer Aufwand hat sich:

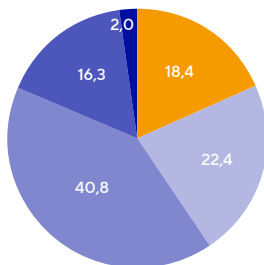
■ deutlich erhöht

■ etwas erhöht

■ nicht verändert

■ etwas verringert

■ deutlich verringert



Vier von fünf der befragten Unternehmen gaben an, dass sich der bürokratische Aufwand durch den digitalen Wandel nicht verringert hat, dabei etwa jedes Dritte, dass er sich mehr oder weniger deutlich erhöht hat.

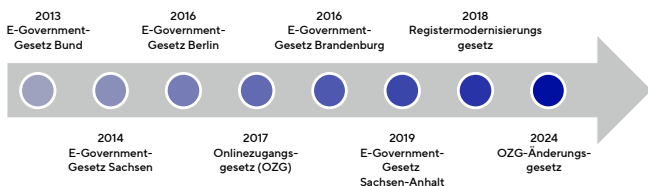
Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Trotz des fortschreitenden digitalen Wandels ist aus Sicht der Bauunternehmen kein Rückgang der Bürokratie zu erkennen. Im Gegenteil scheint die zunehmende Last an Regulatorik vielerorts die Effizienzgewinne digitaler Lösungen zu überlagern. Über 40 Prozent der befragten Unternehmen berichten daher sogar von einem Anstieg der Bürokratie im Zuge des digitalen Wandels.

Diese widersprüchliche Entwicklung zeigt eindrücklich, dass die Digitalisierung keine strukturellen Reformen ersetzt. Werden bestehende Verfahren unverändert digitalisiert, werden ineffiziente Abläufe lediglich in ein digitales Format übertragen. Ein tatsächlicher Bürokratieabbau setzt voraus, dass Prozesse zunächst überprüft, vereinfacht und standardisiert werden, bevor sie digital umgesetzt werden. In der bisherigen Praxis der Verwaltungsdigitalisierung wird diese Reihenfolge jedoch häufig nicht eingehalten.

Politische Initiativen zur Verwaltungsdigitalisierung

In den vergangenen Jahren haben Bund und Länder zahlreiche Gesetze verabschiedet und institutionelle Strukturen geschaffen, um die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben.



Grafik: BIVO

Zu den zentralen gesetzlichen Grundlagen zählen die E-Government-Gesetze, das Onlinezugangsgesetz (OZG) und das Registermodernisierungsgesetz. Sie sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, Verwaltungsleistungen digital bereitzustellen. Parallel dazu wurden auf allen staatlichen Ebenen umfassende Digitalstrategien formuliert, die Zielbilder einer modernen, digitalen Verwaltung beschreiben.

In Bund und Ländern wurden neue Zuständigkeiten, Ressorts und Koordinierungsstellen für Digitalpolitik geschaffen. Hinzu kommt eine Vielzahl von Gremien zur föderalen Abstimmung, darunter der IT-Planungsrat, die Digitalministerkonferenz oder das Digitalkabinetts des Bundes.

Es mangelt somit nicht an politischen Initiativen, Zuständigkeiten und Strategien. Das Problem liegt weniger in einem Mangel an Aktivitäten als in ihrer Umsetzung und Wirkung. Beispielhaft hierfür steht das OZG.

Onlinezugangsgesetz

Das politisch ausgerufene Ziel der Verwaltungsdigitalisierung ist es, die Interaktion zwischen Bürgern, Unternehmen und der Verwaltung sicher, schnell und nutzerfreundlich zu gestalten. Das im Jahr 2017 beschlossene Onlinezugangsgesetz (OZG) sollte die Grundlage hierfür bilden. Es verpflichtete alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung, ihre Leistungen bis Ende 2022 auch digital anzubieten.

Dieses Ziel wurde jedoch deutlich verfehlt. Bis Ende 2022 waren laut Bundesrechnungshof lediglich rund 19 Prozent der Leistungen digital verfügbar, obwohl erhebliche finanzielle Mittel hierfür verausgabt wurden. Dabei war die Zielsetzung des OZG nicht sonderlich ambitioniert. So wurde eine Verwaltungsleistung bereits dann als digital gewertet, wenn sie in einer einzigen Kommune online verfügbar war.

Auch nach der Anpassung des OZG bleibt die Bilanz ernüchternd. Eine flächendeckende Verfügbarkeit von einheitlich digitalisierten Verwaltungsleistungen ist weiterhin nicht erreicht. Insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern ist das Angebot lückenhaft und stark fragmentiert.

Wenn selbst die einfache digitale Übertragung bestehender Verfahren nur eingeschränkt gelingt, ist es wenig überraschend, dass die öffentliche Verwaltung von einer Optimierung und Vereinheitlichung ihrer Verfahren noch weit entfernt ist.

Bewertung aus Sicht der Ostdeutschen Bauindustrie

Die Ergebnisse der BIVO-Mitgliederumfrage zeigen die praktischen Auswirkungen dieser Defizite. Die Interaktion mit der öffentlichen Verwaltung wird weiterhin überwiegend als langsam, ineffizient und wenig nutzerfreundlich wahrgenommen. Die Unternehmen berichten, dass digitale Abläufe regelmäßig an Schnittstellen zur öffentlichen Hand unterbrochen werden und in analoge oder uneinheitliche Verfahren übergehen.

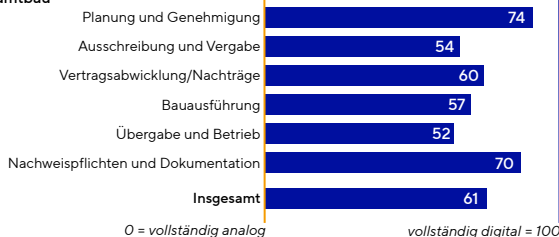
Beispiel: Papier bleibt Pflicht

Ein Landesbetrieb verlangt im Schriftverkehr weiterhin Unterlagen in Papierform. Digitale Dokumente werden nicht durchgehend akzeptiert oder müssen zusätzlich analog eingereicht werden. Für die Unternehmen entsteht dadurch ein vermeidbarer Medienbruch – ausgerechnet auf Seiten der öffentlichen Verwaltung.

Problemdruck durch unzureichende Digitalisierung in den Projektphasen und Insgesamt

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland
Gesamtbau

Mittelwert in Prozent



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Der daraus entstehende Aufwand für die Unternehmen trägt dazu bei, dass der Problemdruck durch unzureichende Digitalisierung in den besonders bürokratischen Projektphasen als hoch bis sehr hoch empfunden wird.

Die größten Defizite zeigen sich in der Planungs- und Genehmigungsphase. Als zentrale Ursachen hierfür werden vor allem unterschiedliche Anforderungen auf Landes- und Kommunalebene genannt. Diese erschweren einen einheitlichen digitalen Datenaustausch erheblich. Hinzu kommen Medienbrüche, die verhindern, dass digital eingereichte Daten durchgängig weiterverarbeitet werden können. Zwar existieren digitale Antragsverfahren, in der praktischen Umsetzung führen diese aber häufig nicht zu einer spürbaren Vereinfachung.

Beispiel: Digitales Planmanagement ohne digitale Weiterverarbeitung

Ein öffentlicher Auftraggeber nutzt ein digitales Planmanagementsystem, stellt Pläne dort jedoch ausschließlich im PDF-Format bereit. Eine effiziente digitale Weiterverarbeitung ist damit kaum möglich. Für die ausführenden Unternehmen entstehen zusätzliche personelle und technische Aufwände, ohne dass der Prozess spürbar verbessert wird.

Die Vergabe wird als die am stärksten digitalisierte Projektphase an der Schnittstelle zur öffentlichen Hand wahrgenommen. Entsprechend ist der Problemdruck hier geringer. Dies ist auf die zentrale Bedeutung dieser Phase für den Bauprozess sowie auf die bereits etablierten digitalen Vergabeverfahren zurückzuführen. Daraus darf jedoch

nicht geschlossen werden, dass die Digitalisierung der Vergabe bereits zufriedenstellend funktioniert. Ein Großteil der befragten Unternehmen sieht die Vielzahl unterschiedlicher Vergabeplattformen weiterhin als zentrales Hindernis.

Auch die Nutzerfreundlichkeit und Stabilität der Systeme wird nur teilweise positiv bewertet. Hinzu kommt, dass öffentliche Auftraggeber digitale Lösungen noch zu selten konsequent einfordern und durchgängig anwenden. Im Rahmen der Vergabeverfahren liegt das Problem also weniger im »Ob« als im »Wie« der Digitalisierung: Die digitale Vergabe muss einheitlicher, verlässlicher und stärker auf durchgängige digitale Prozessketten ausgerichtet werden.

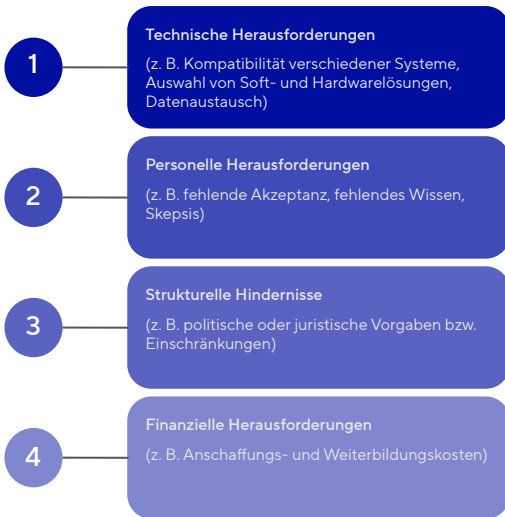
Auch bei der Vertragsabwicklung und bei Nachträgen herrscht ein hoher Problemdruck. Als wesentliche Ursache werden rechtliche Unsicherheiten genannt. Ein erheblicher Teil der Befragten äußert Zweifel an der Verbindlichkeit digitaler Prozesse, insbesondere bei Nachträgen und Vertragsänderungen. Diese Unsicherheiten führen dazu, dass digitale und analoge Verfahren parallel genutzt werden, wodurch zusätzliche Komplexität entsteht.

Für die Nachweispflichten ergibt sich ein ambivalentes Bild. Einerseits bestätigen viele Unternehmen die grundsätzlich vorhandene Möglichkeit, diese digital zu erfüllen. Aufgrund einer zersplitterten Systemlandschaft wird die praktische Umsetzung jedoch häufig als erheblich eingeschränkt beschrieben. Zudem schaffen es digitale Verfahren nicht, den durch die Zunahme an Nachweispflichten entstehenden Mehraufwand zu kompensieren.

Die unzureichende Verwaltungsdigitalisierung verursacht aus Sicht der Unternehmen also einen insgesamt hohen Problemdruck über alle Projektphasen hinweg. Als Ursache hierfür sehen die Unternehmen vor allem technische und personelle Defizite. Finanzielle Aspekte werden deutlich seltener als zentrales Hindernis genannt.

Bewertungshierarchie der Digitalisierungsherausforderungen in der öffentlichen Verwaltung aus Sicht der ostdeutschen Bauwirtschaft

Sortierung absteigend nach größter Herausforderung (Position 1) bis kleinster Herausforderung (Position 4)



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Als Beispiele dieser technischen und personellen Defizite werden von den Unternehmen unter anderem fehlende Kompetenzen im Umgang mit digitalen Methoden wie BIM oder eine niedrige Akzeptanz digitaler Nachweise durch Auftraggeber genannt.

Strukturelle Hemmnisse der Verwaltungsdigitalisierung

Eine mögliche Erklärung für die deutliche Diskrepanz zwischen den politischen Zielsetzungen und ihrer praktischen Umsetzung ist, dass die Verwaltungsdigitalisierung in ihrer Komplexität, insbesondere im föderalen System, unterschätzt wurde. Bund, Länder und Kommunen entwickeln weiterhin vielfach eigene Lösungen mit unterschiedlichen Standards, Plattformen und Verfahren. Das Ergebnis ist kein einheitlich digitaler Staat, sondern ein Flickenteppich aus Insellösungen. Für Bauunternehmen, die regelmäßig über Ländergrenzen hinweg tätig sind, bedeutet diese Fragmentierung ein erheblicher Mehraufwand.

Dabei existiert mit dem Prinzip »Einer für alle« (EfA) ein klarer politischer Ansatz: Erfolgreiche digitale Lösungen sollen zentral entwickelt und anschließend bundesweit eingesetzt werden. In der Praxis wird dieses Prinzip jedoch nur unzureichend umgesetzt. Ein anschauliches Beispiel ist der digitale Bauantrag. Im Rahmen des OZG lag die Federführung für das Themenfeld »Bauen und Wohnen« beim Land Mecklenburg-Vorpommern. Die dort entwickelte Lösung wurde 2022 im bundesweiten E-Government-Wettbewerb ausgezeichnet. Eine flächendeckende Anwendung blieb dennoch aus.

Im Verbandsgebiet des BIVO nutzen Sachsen und Sachsen-Anhalt die EfA-Lösung beziehungsweise haben sie in die Umsetzung übernommen. Berlin und Brandenburg setzen auf eigene digitale Verfahren. Im Einzelfall mögen landesspezifische Lösungen begründbar sein. In

der Summe führen sie jedoch dazu, dass einheitliche Standards verhindert und Parallelstrukturen verfestigt werden.

Beispiel: Digitale Kompetenz gefordert, analog geprüft

Ein öffentlicher Auftraggeber verlangt bereits in Präqualifikation und Ausschreibung Nachweise zu BIM, Lean-Methoden, digitaler Abrechnung und weiteren digitalen Kompetenzen. In der späteren Projektabwicklung wird die Rechnung jedoch durch die öffentliche Bauüberwachung analog geprüft. Fehlende digitale Kompetenz auf Auftraggeberseite darf nicht zu Lasten der Unternehmen gehen.

Eine weitere Erklärung kann in der falschen Reihenfolge der Verwaltungsdigitalisierung gesucht werden. Der praktische Fokus lag bisher vielfach auf der digitalen Abbildung bestehender Verwaltungsverfahren und nicht genug auf deren inhaltlicher Vereinfachung. Dieses Verständnis der Digitalisierung als abgegrenzter, technischer Vorgang hat zur Folge, dass ein nachhaltiger Bürokratieabbau ebenfalls ausbleibt.

Im Mittelpunkt der politischen Bemühungen sollte zukünftig also zunächst ein konsequenter Bürokratieabbau stehen, auf dessen Grundlage Verfahren einheitlich digitalisiert werden.

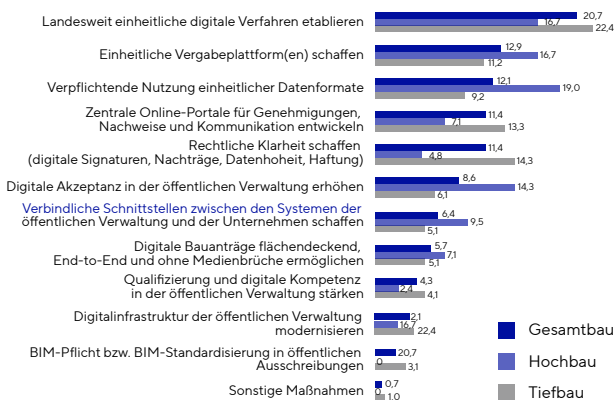
Lösungsansätze und Handlungsbedarfe

Die Digitalisierung muss als gesamtstaatliche Modernisierungsaufgabe verstanden werden, nicht als isoliertes IT-Projekt einzelner Behörden oder Bundesländer. Aus Sicht der Bauunternehmen geht es nicht um einzelne digitale Angebote, sondern um durchgängige, verlässliche und rechtssichere Prozessketten. Aus der Mitgliederbefragung des BIVO ergeben sich mehrere entsprechende Handlungsbedarfe für Politik und Verwaltung.

Priorisierung wirksamster Maßnahmen zur Effizienzsteigerung bei der Bauprojektentwicklung und der digitalen Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland

Anteil Nennung in Prozent (Summe=100)



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Verfahren vereinheitlichen

Die Verwaltungsdigitalisierung wird nach wie vor zu stark entlang von Ländergrenzen und Zuständigkeiten organisiert. Unterschiedliche Systeme und Verfahren zwischen Kommunen, Ländern und Bund führen dazu, dass digitale Prozesse häufig nicht kompatibel sind und ihr gesamtwirtschaftlicher Nutzen begrenzt bleibt.

Dadurch entsteht für die Bauunternehmen ein erheblicher Mehraufwand. Unternehmen, die länderübergreifend tätig sind, müssen identische Prozesse je nach Region unterschiedlich abwickeln. Dies betrifft Vergabeplattformen, Genehmigungsverfahren, Datenformate und digitale Schnittstellen.

Die Ursache liegt dabei nicht allein in technischen Fragen, sondern auch in politischen und administrativen Strukturen. Wo jedes Land und jede Kommune eigene Lösungen entwickelt, entstehen zwangsläufig Parallelstrukturen. Digitalisierung kann aber nur dann entlasten, wenn sie gemeinsame Standards schafft.

Der BIVO plädiert daher für landesweit und perspektivisch bundesweit einheitliche digitale Verfahren in der Bauverwaltung. Digitale Bauanträge, Genehmigungen, Nachweise, Vergaben und Dokumentationspflichten müssen so ausgestaltet werden, dass Unternehmen sie unabhängig vom Standort nach einheitlichen Grundprinzipien nutzen können.

Medienbrüche konsequent abbauen

Digitale Verfahren entfalten nur dann ihre Wirkung, wenn sie durchgängig genutzt werden. Ein online eingereichter Antrag, der in der Behörde ausgedruckt, manuell weiterbearbeitet oder erneut abgefragt wird, ist keine echte Digitalisierung. Er verlagert lediglich den Aufwand und erzeugt neue Schnittstellenprobleme.

Beispiel: Medienbruch bei Rechnungen

Bei einem öffentlichen Auftraggeber werden Abschlagsrechnungen digital übermittelt und geprüft, während die Schlussrechnung per Post eingereicht werden muss. Solche Brüche innerhalb eines Verfahrens verursachen unnötige Doppelarbeit und erschweren eine konsistente digitale Abwicklung.

Behörden und öffentliche Auftraggeber sollten digitale Verfahren deshalb konsequenter und medienbruchfrei umsetzen. Wenn Verwaltungsverfahren rechtlich vollständig digital durchgeführt werden können, sollte dies auch verbindlich praktiziert werden. Analoge Zwischenschritte müssen die Ausnahme bleiben und begründet werden.

Digitale Prozesse müssen entlang der gesamten Projektkette konsistent umgesetzt werden – von der Planung und Genehmigung über die Vergabe und Bauausführung bis hin zur Rechnungsprüfung und Dokumentation.

Verbindliche Standards schaffen

Verbindliche Standards sind die Grundvoraussetzung für eine funktionierende digitale Zusammenarbeit. Ohne einheitliche Datenformate, klare Schnittstellen und verbindliche Vorgaben bleibt die Digitalisierung Stückwerk. Dies gilt für öffentliche Auftraggeber ebenso wie für Behörden, Unternehmen, Planer und Nachunternehmer.

Notwendig sind verbindliche Standards für Datenformate, digitale Signaturen, Nachweise, Schnittstellen und Dokumentationspflichten. Gerade bei BIM zeigt sich, dass eine bloße Verpflichtung zur Nutzung digitaler Methoden nicht ausreicht, solange unklar bleibt, welche Daten in welcher Form, über welche Plattformen und mit welcher rechtlichen Verbindlichkeit ausgetauscht werden sollen.

Rechtssicherheit herstellen

Digitale Verfahren werden in der Praxis nur dann konsequent genutzt, wenn ihre rechtliche Verbindlichkeit eindeutig ist. Dies betrifft insbesondere digitale Nachträge, Vertragsänderungen, Signaturen, Datenhoheit, Haftungsfragen und die Anerkennung digitaler Nachweise.

Unklare Rechtsfragen führen dazu, dass Unternehmen und Auftraggeber zur Absicherung weiterhin analoge Parallelprozesse nutzen. Damit wird der Effizienzgewinn digitaler Verfahren geschwächt. Politik und Verwaltung müssen daher klare rechtliche Leitplanken schaffen, die digitale Prozesse nicht nur ermöglichen, sondern deren Nutzung auch praktisch absichern.

Digitalkompetenz, Daten und KI stärker in den Fokus rücken

Die Digitalisierung der Verwaltung ist nicht allein eine technische Aufgabe. Vorrangig erforderlich sind digitale Kompetenzen und funktionierende organisatorische Strukturen. In der Praxis zeigt sich häufig, dass Verwaltungen personell und technisch nicht ausreichend auf digitale Prozesse vorbereitet sind. Teilweise existieren digitale Eingabesysteme, während die eigentliche Bearbeitung weiterhin analog erfolgt oder notwendige Kompetenzen innerhalb der Behörden fehlen.

Beispiel: Digitale Abrechnung ohne digitale Auftraggeberstruktur

Ein öffentlicher Auftraggeber verlangt digitale Abrechnungsprozesse, ist in der eigenen Organisation aber noch nicht durchgängig darauf vorbereitet. Wenn digitale Anforderungen gestellt werden, müssen auch die technischen und personellen Voraussetzungen auf Auftraggeberseite vorhanden sein.

Die öffentliche Verwaltung muss deshalb personell und technisch so ausgestattet werden, dass digitale Verfahren tatsächlich vollständig umgesetzt und genutzt werden können. Dazu gehören Qualifizierung, klare Zuständigkeiten sowie moderne und interoperable IT-Systeme.

Gleichzeitig gewinnen Fragen der Datennutzung und des Einsatzes Künstlicher Intelligenz

(KI) an Bedeutung. Digitale Planungs-, Genehmigungs- und Prüfverfahren erzeugen große Mengen strukturierter Daten, die künftig stärker für Automatisierung, Plausibilitätsprüfungen oder Verfahrensbeschleunigung genutzt werden könnten.

Damit diese Potenziale genutzt werden können, braucht es klare politische und rechtliche Rahmenbedingungen. Dies betrifft insbesondere Datensicherheit, Verantwortlichkeiten, Nachvollziehbarkeit automatisierter Prozesse sowie den rechtssicheren Einsatz KI-gestützter Anwendungen.

Exkurs:

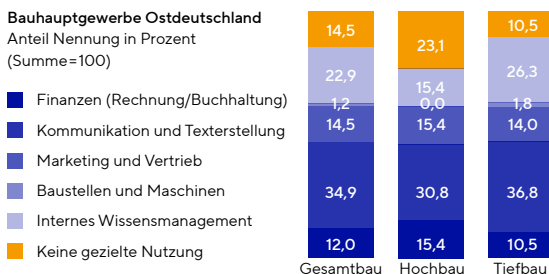
Künstliche Intelligenz, Datensouveränität und Cybersicherheit

Künstliche Intelligenz

KI ist längst Teil des privaten und beruflichen Alltags und gewinnt auch in der Bauindustrie an Bedeutung. Die Ergebnisse der BIVO-Mitgliederumfrage zeigen, dass KI in den Unternehmen bereits eingesetzt, getestet oder konkret mitgedacht wird. Im Vordergrund stehen bislang vor allem interne Unternehmensabläufe.

Verteilung der KI-Aktivitäten nach funktionalen Anwendungsfeldern in Bauunternehmen

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland
Anteil Nennung in Prozent
(Summe=100)



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

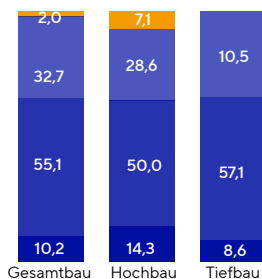
Ein wesentlicher Nutzen von KI liegt in der Entlastung bei standardisierbaren Routineaufgaben. Nach den Umfrageergebnissen entfällt der Großteil der genannten KI-Aktivitäten auf interne Prozesse wie Rechnungsbearbeitung, Kommunikation oder Marketing. Derzeit wird KI vor allem als Werkzeug zur Unterstützung administrativer, planungsbezogener und datengetriebener Abläufe genutzt. In der operativen Bauausführung ist der Nutzen derzeit begrenzt und stärker an konkrete Anwendungsfälle gebunden.

Erwartungshaltung der Bauunternehmen zu den Auswirkungen von KI auf das zukünftige Arbeitsumfeld

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland

Anteil Nennung in Prozent
(Summe=100)

- sehr positiv
- eher positiv
- neutral
- eher negativ (0,0)
- sehr negativ



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

65,3 Prozent der befragten Unternehmen erwarten sehr positive beziehungsweise eher positive Auswirkungen von KI auf ihr künftiges Arbeitsumfeld. Im Vordergrund stehen dabei mögliche Zeit- und Kostenvorteile. Der entsprechende Erwartungsindex für die Auswirkungen von KI auf das ostdeutsche Bauhauptgewerbe liegt demnach bei 68 von 100 Punkten, was eine insgesamt positive Haltung widerspiegelt.

Gewichtung Auswirkungen Künstlicher Intelligenz (= Auswirkungsindex KI)

Bauhauptgewerbe Ostdeutschland
Gesamtbau

Die zukünftigen Auswirkungen von KI im Bauhauptgewerbe sind:

0 = sehr negativ

68

sehr positiv = 100

Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Dennoch muss festgehalten werden, dass KI keine funktionierenden Prozesse ersetzt. Ohne verfügbare, strukturierte und rechtssicher nutzbare Daten droht KI, ähnlich wie BIM, ein weiteres Digitalversprechen zu bleiben, dessen praktischer Nutzen hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Datensoeveränität

Die Wahrung der Datenhoheit und -souveränität der Unternehmen ist eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltig erfolgreiche Digitalisierung der Bauindustrie. Die Branche verfügt über einen enormen Schatz an Daten, der täglich wächst und ein enormes Potenzial als Informations- und Entscheidungsquelle besitzt. Diese teilweise sensiblen Daten werden derzeit jedoch häufig noch in verschiedenen Systemen, Projekten oder Anwendungen verwaltet und sind oftmals nicht einheitlich oder durchgängig strukturiert. Dadurch wird ihr Nutzen als Informationsquelle und zur Produktivitätserhöhung oftmals nicht vollständig ausgeschöpft. Gleichzeitig stellt ein fragmentiertes Datenmanagement ein Risiko für die Kontrolle der Unternehmen über ihre Daten dar.

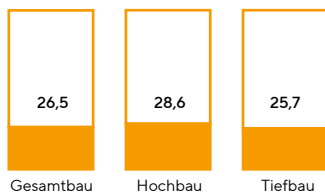
Die Folge sind aufwendige Datentransfers, Medienbrüche und parallele Strukturen. Das erschwert nicht nur die Verarbeitung von Informationen, sondern führt in der Praxis auch zu längeren, fehleranfälligeren und kostenintensiveren Abläufen. Damit Daten für BIM, KI und automatisierte Auswertungen nutzbar werden, müssen sie strukturiert, verknüpft und rechtssicher verfügbar sein. Dies betrifft etwa Bauablaufdaten, Lieferantendaten, Mengen- und Kalkulationsdaten oder Informationen aus dem Leistungsmanagement. Erst in einem integrierten Datenumfeld können digitale Anwendungen ihr Potenzial wirksam entfalten.

Cybersicherheit

Mit zunehmender Digitalisierung wächst die Bedeutung der Cybersicherheit. Bauunternehmen arbeiten heute mit digitalen Ausschreibungen, Projektplattformen, mobilen Anwendungen, Cloudlösungen, digitalen Nachweisen und vernetzten Kommunikationssystemen. Je stärker Geschäfts- und Projektprozesse digitalisiert werden, desto größer werden auch mögliche Angriffsflächen. Die Umfrageergebnisse, nach denen bereits über ein Viertel der Unternehmen von Cyberangriffen betroffen waren, bestätigen dies.

Erfahrung mit Cyberkriminalität

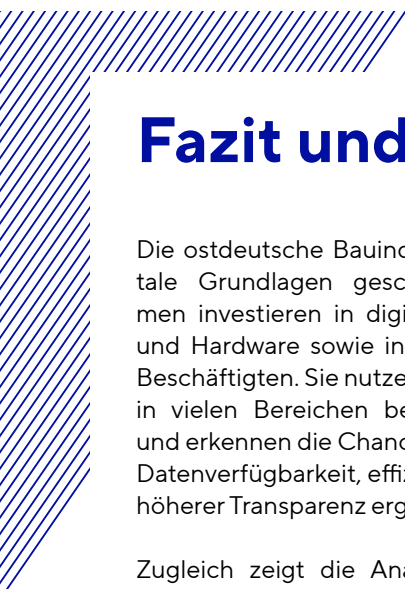
Bauhauptgewerbe Ostdeutschland
Anteil betroffener Unternehmen
in Prozent



Quelle: Umfrage BIVO, März 2026

Cybersicherheit ist also längst kein Randthema mehr, sondern eine betriebliche Kernaufgabe. Angriffe auf IT-Systeme können Bauabläufe verzögern, Daten gefährden, Kommunikation unterbrechen und erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen. Für Unternehmen, die unter engen Terminvorgaben arbeiten und in komplexe Projektketten eingebunden sind, können solche Störungen erhebliche Folgen haben.

Der Einsatz von KI verschärft diese Herausforderung teilweise. Generative KI kann täuschend echte Kommunikationssituationen erzeugen und damit neue Angriffsformen begünstigen. Gleichzeitig kann KI auch Teil der Lösung sein, wenn sie Auffälligkeiten früher erkennt und Angriffe schneller identifiziert. Entscheidend ist ein Sicherheitsniveau, das mit der Digitalisierung Schritt hält – technisch, organisatorisch und personell.



Fazit und Ausblick

Die ostdeutsche Bauindustrie hat zentrale digitale Grundlagen geschaffen. Die Unternehmen investieren in digitale Prozesse, Software und Hardware sowie in die Qualifizierung ihrer Beschäftigten. Sie nutzen digitale Anwendungen in vielen Bereichen bereits selbstverständlich und erkennen die Chancen, die sich aus besserer Datenverfügbarkeit, effizienteren Prozessen und höherer Transparenz ergeben.

Zugleich zeigt die Analyse, dass die digitale Transformation der Branche nicht allein in der Verantwortung der Unternehmen liegt. Gerade weil Bauprozesse stark reguliert sind und zahlreiche Schnittstellen zur öffentlichen Hand aufweisen, hängt der Erfolg der digitalen Transformation wesentlich von Politik und Verwaltung ab. Hier liegen derzeit die größten Defizite.

Die Bauunternehmen sind in vielen Bereichen weiter als die öffentliche Verwaltung. Während sie ihre internen Prozesse zunehmend digital organisieren, bleiben Verwaltungsverfahren häufig fragmentiert, uneinheitlich und von Medienbrüchen geprägt. Zwar existieren digitale Angebote, diese sind jedoch oft nicht flächendeckend verfügbar, nicht miteinander kompatibel oder nicht konsequent in die Bearbeitungspraxis integriert.

In den kommenden Jahren wird sich zeigen, ob die Digitalisierung im Bauwesen zu einem signifikanten Produktivitäts- und Modernisierungs-

schub führt oder ob sie an institutionellen Parallelstrukturen, fehlenden Standards und mangelnder Umsetzung scheitert.

In einem positiven Szenario entstehen durchgängige digitale Prozessketten: Genehmigungen, Vergaben, Dokumentation und Abrechnung erfolgen dann schneller, transparenter und rechtssicherer. Digitale Zwillinge, automatisierte Abrechnungssysteme, KI-gestützte Auswertungen und integrierte Datenräume können dann zu praxistauglichen Werkzeugen im Baualltag werden.

Im negativen Szenario bleibt die Digitalisierung Stückwerk. Unterschiedliche Plattformen, uneinheitliche Datenformate und analoge Parallelverfahren würden dann nicht zur Entlastung führen, sondern zu zusätzlicher Komplexität. Unternehmen müssten weiterhin in Schnittstellenmanagement, Mehrfachdokumentation und parallele Arbeitsweisen investieren, ohne dass entsprechende Effizienzgewinne entstehen.

Der aus der Verbandsumfrage ermittelte Erwartungsindex zeigt, dass die ostdeutsche Bauindustrie die weitere Digitalisierung bis 2030 vorsichtig positiv bewertet. Auf einer Skala von 0 (sehr pessimistisch) bis 100 (sehr optimistisch) erreicht der Index einen Wert von 57 und signalisiert damit weder ausgeprägten Optimismus noch grundsätzlichen Pessimismus.

Entscheidend ist nun, ob Politik und Verwaltung die Digitalisierung als gemeinsame Modernisierungsaufgabe begreifen, oder ob sie weiterhin entlang von Landes- oder Zuständigkeitsgrenzen handeln.

Die ostdeutsche Bauindustrie hat gezeigt, dass die Bereitschaft, der Investitionswille und die Innovationsfähigkeit vorhanden sind. Damit diese Potenziale wirksam werden können, müssen die strukturellen Rahmenbedingungen jedoch konsequent modernisiert werden. Das Schwarzbuch 2026 versteht sich deshalb nicht nur als Bestandsaufnahme, sondern auch als Handlungsauftrag an Politik, Verwaltung und Branche gleichermaßen.



IMPRESSUM

SCHWARZBUCH 2026

Digitalisierung in der Bauindustrie

August 2026

Herausgeber: Bauindustrieverband Ost e. V.
Karl-Marx-Straße 27
14482 Potsdam
T 0331 74 46-0
F 0331 74 46-166
E info@bauindustrie-ost.de
www.bauindustrie-ost.de

**Verantwortlich
für die Redaktion:** Maurits Schulze
Referent Strategie und Koordination

Layout / Satz: markenzoo eG
Dr. Sven Lehmann
Dresden 2026

**Fotonachweis
Titel:** shutterstock.com | © CoreDESIGN +
Matthäi Bauunternehmen GmbH & Co. KG |
Bildidee Dr. Sven Lehmann



BAU > INDUSTRIE
Ost

**> SCHWARZ
BUCH**

2026

bauindustrie-ost.de